

BBE Policy-Paper
zur Bundes-Engagementstrategie

Schwerpunkt

Bürgerschaftliches Engagement

und

Kommune

Zentrale Impulse für die Bundes-Engagementstrategie (BES)

- ➔ Die Basis für Bürgerschaftliches Engagement findet in seinen vielfältigen Facetten in allen Gesellschaftsbereichen im Wesentlichen im lokalen Raum statt – dies gilt es strukturell zu festigen und zu fördern.
- ➔ Kommunale Engagementförderung ist von Politik und Verwaltung als strategische Pflichtaufgabe zu begreifen; wünschenswert wäre sie als pflichtige kommunale Querschnittsaufgabe der Selbstverwaltung zu implementieren. Die BES kann hier über ausgleichende Angebote einwirken.
- ➔ Es braucht motivierende Angebote für Kommunen, damit entlang unterschiedlicher Engagementfelder gemeinsam mit der Zivilgesellschaft lokale Engagementstrategien entwickelt, lokale Engagementleitlinien beschlossen oder lokale Engagementbündnisse initiiert werden.

Einleitung

Bürgerschaftliches Engagement findet zu rund 80 % in den Kommunen (Kreise, Städte, Gemeinden) bzw. im lokalen Raum statt (2. Engagementbericht der Bundesregierung¹). Es stärkt dort im besonderen Maße die Gemeinschaft, fördert die lokale Demokratie und sorgt für ein gutes Lebensumfeld.

Bürgerschaftliches Engagement ist für Kommunen essenziell. Eine engagierte und aktive lokale Bürgerschaft ist Grundvoraussetzung für ein funktionierendes und zukunftsfähiges Zusammenleben vor Ort – auch zur Sicherung der Daseinsvorsorge mit seinen Herausforderungen u.a. in den Handlungsfeldern „demografischer Wandel“ und „Entwicklung hin zu einem Einwanderungsland“.

Die Bundesländer erkennen mehr und mehr, dass das Politik- und Handlungsfeld „Kommunale Engagementförderung“ Unterstützung benötigt. Vorreiter ist hier bereits seit den 1990er Jahren das Land Baden-Württemberg mit seinen Städte-, Gemeinde- und Landkreisnetzwerken. Das Land NRW initiierte 2015 den Aufbau des „Kommunen-Netzwerk: engagiert in NRW“². In Rheinland-Pfalz und Hessen wurden Qualifizierungsangebote und Förderanreize für Kommunen entwickelt. In Bayern stimmen sich kommunale Engagementförderer landesweit in einer Arbeitsgruppe ab.

„Eine engagierte und aktive lokale Bürgerschaft ist Grundvoraussetzung für ein funktionierendes und zukunftsfähiges Zusammenleben vor Ort – auch zur Sicherung der Daseinsvorsorge mit seinen Herausforderungen.“

¹ <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115624/d6da5ce2163c59600f48a7a5d360a3b2/2-engagement-bericht-und-stellungnahme-br-data.pdf>

² <https://www.engagiert-in-nrw.de/kommunen-netzwerk-engagiert-nrw>

Darüber hinaus verabschieden die Bundesländer vermehrt Landes-Engagementstrategien (z. B. Hamburg, Baden-Württemberg, NRW, Sachsen-Anhalt, ...).

Auch die Kommunen erkennen immer mehr den Mehrwert einer als Querschnittsaufgabe definierten kommunalen (lokalen) Engagementförderung. Das Vorhandensein von zentralen kommunalen Koordinierungsstellen, lokalen Engagementbündnissen oder kommunalen Engagementleitlinien/-strategien als Instrumente haben sich allerdings längst noch nicht flächendeckend etabliert.

Die BES sollte einen Beitrag dazu leisten, dass mehr Kommunen ein strategisches Verständnis von „Engagementförderung“ und „kommunaler Selbstverwaltung mit aktiver Bürgerschaft“ in ihren Strategien der Stadtentwicklung, bei den entscheidenden Akteuren in Politik und Verwaltung verankern und in die entsprechende Praxis umsetzen.³

Empfehlungskatalog der BBE AG Kommune und Bürgerschaftliches Engagement für die Bundes-Engagementstrategie

Unter Berücksichtigung des eingeschränkten Gestaltungsrahmens des Bundes hin zur kommunalen Ebene, des Subsidiaritätsprinzips (einschließlich der Grundsätze der kommunalen Selbstverwaltung), der Einordnung der kommunalen Engagementförderung als freiwillige Aufgabe sowie der Eigenverantwortlichkeit und des Eigensinns von Bürgerschaftlichen Engagement werden die folgende Empfehlungen zur Stärkung der kommunalen Engagementförderung als sinnvoll erachtet:

- Auch aufgrund vielfältiger Programmaktivitäten von Bund und Ländern sind auf kommunaler Ebene unterschiedliche, teilweise konkurrierende Infrastrukturen der Engagementförderung auf- bzw. ausgebaut worden. Es fallen vor allem zwei Herausforderungen auf, die mit dem Angebot der lokalen Infrastruktur für Engagement und den Förderlogiken von Bund und Ländern einhergehen: der mangelnde Zusammenhang (Kohärenz) der Angebote innerhalb der lokalen Engagementlandschaft und ihre fehlende Nachhaltigkeit bzw. Fortdauer

Empfehlungen

→ Kommunale Verwaltung sollte durch Qualifizierungsmaßnahmen für strategische Engagementförderung sensibilisiert werden.

→ Kommunen sollten mit Bund und Ländern Standards zur strategischen Engagementförderung auf kommunaler Ebene erarbeiten.

³ Die nachfolgenden Empfehlungen haben Bezüge zu bestehenden Thesen und Empfehlungen im Handlungsfeld „Kommunale Engagementförderung“, von denen ausgewählte im Anhang aufgezählt sind.

(Kontinuität) (2. Engagementbericht). **Förderprogramme und -projekte sollten daher wirkungsorientiert und nachhaltiger angelegt werden.**

- Für eine gezielte lokale Engagementpolitik werden planungsrelevante Daten und verlässliche Informationen auf regionaler und kommunaler Ebene benötigt. Über die finanziellen Dimensionen der Engagementförderung ist noch zu wenig bekannt. Ausmaß, Schwerpunkte und Wirkungen der Förderung sollten erforscht werden (2. Engagementbericht). **Hierfür müssen wissenschaftliche Forschung im Handlungsfeld der kommunalen Engagementförderung initiiert und ermöglicht werden. Aus den Ergebnissen könnten u. a. Empfehlungen für Qualifizierungsangebote der jeweils Handelnden abgeleitet werden.**
- Auffällig sind das Nebeneinander unterschiedlicher Förderstrukturen, die örtliche und regionale Ballung sowie eine geringe Anzahl von Einrichtungen zur Engagementförderung in dünn besiedelten ländlichen Regionen. Insgesamt kann keineswegs davon gesprochen werden, dass es auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene ein Konzept für eine gemeinsame strategische Infrastrukturförderung gäbe (2. Engagementbericht). Der Zweite Engagementbericht und der Siebte Altenbericht zeigen, dass die Stärkung der Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement als ein Schwerpunkt der Engagementförderung dazu dient, dass die Kommunen die im Bericht beschriebenen Aufgaben erfüllen können. Die Kooperation mit Verbänden, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Vereinen und Organisationen stellt hierbei eine zentrale Aufgabe dar, bilden diese doch in Deutschland maßgeblich den Rahmen für Engagement. **Es bedarf der Unterstützung beim Aufbau bzw. der Optimierung einer lokalen Engagement fördernden Infrastruktur.**
- Es ist zu begrüßen, dass es vereinzelt bereits Überlegungen dazu gibt, wie sich in den Curricula der Bachelor- und Masterstudiengänge für den allgemeinen kommunalen Verwaltungsdienst das Handlungsfeld „Förderung des Bürgerengagements“ wiederfinden kann. **Dieser Ansatz sollte weiter ausgebaut werden, etwa durch Initiierung von Qualifizierungen und Informationskampagnen (Konferenzen) für die Zielgruppe „Kommunale Verwaltungen“, um das Bewusstsein für eine strategische Herangehensweise einer kommunalen Engagementförderung zu schärfen.** Hilfreich kann dabei die Einbeziehung von Bildungseinrichtungen für den Nachwuchs der Kommunalverwaltungen sein.
- Ehrenamt bzw. Engagement ist nicht gleich Ehrenamt bzw. Engagement. Ziele, Qualifizierungs-Anforderungen, Rahmenbedingungen und anderes mehr unterscheiden sich sehr stark, je nachdem ob es

→ Das Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“ sollte mit anderen Programmen und zusammen mit den Ländern zu einer Marke „Engagierte Stadt/Gemeinde/Kreis“ ausgebaut und verstetigt werden – offen für einen Zugang aller interessierten Kommunen.

→ Der Austausch zwischen Bund, den Ländern und den Kommunen zum bürgerschaftlichen Engagement sollte intensiviert werden, etwa im Rahmen der „Bund-Länder-Kommunen-Runde“.

sich z.B. um ein Engagement bei Hilfsorganisationen, bei Wohlfahrtsorganisationen, im Kulturbereich, in (politischen) Bürgerinitiativen usw. geht. Diesen Unterschieden muss bzw. müsste auch das jeweilige Engagementmanagement und auch die jeweilige Engagementförderung durch die Kommune und andere Förderakteure gerecht werden. **Daher ist eine kommunale/lokale Engagementförderung je nach den örtlichen Ausgangslagen und Engagementakteuren und unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse der vielfältigen Engagementfelder auszugestalten.** Die Erarbeitung von grundsätzlichen Standards für die Implementierung kommunaler Engagementstrategien in Zusammenarbeit mit den Ländern dem Bund können aber für die Kommunen als Orientierung hilfreich sein.

- **Das vom Bund und unterschiedlichen Stiftungen seit 2015 bestehende Netzwerkprogramm „Engagierte Stadt“ könnte sich unter Einbeziehung des „Selbstverständnisses der Engagierten Städte“⁴ als Ausgangspunkt einer Engagement fördernden Bewegung weiterentwickeln** – indem es sich mit anderen bestehenden Programmen und Projekten verknüpft und zusammen mit den Ländern eine Marke „Engagierte Stadt/Gemeinde/Kreis“ realisiert, welche allen Kommunen den Zugang ermöglicht.
- **Soweit noch nicht vorhanden sollte die Bundesregierung ressortübergreifende (interministerielle) Arbeitsgruppen oder vergleichbare Strukturen zum bürgerschaftlichen Engagement einrichten.** In diesen können sich ein gemeinsames Verständnis von Bürgerkommune und bürgerschaftlichem Engagement herausbilden und Förderung und Unterstützungsprogramme abgestimmt werden. Eine Intensivierung des Austauschs der bestehenden „Bund-Länder-Kommunen-Runde“ wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll.

⁴Zum Selbstverständnissehe Anhang.

Anhang

Bezug zu bestehenden Thesen und Empfehlungen im Handlungsfeld „Kommunale Engagementförderung“

Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland (Schwerpunktthema „Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung“)⁵:

- Kommunen sollten die Engagementförderung vorantreiben. Dafür notwendig ist eine intelligente bundes- und landespolitische Flankierung im Rahmen des kooperativen Föderalismus.
- Die Engagementpolitik von Bund, Ländern und Kommunen ist gut beraten, politische Partizipation und freiwilliges Engagement stärker zusammenzudenken.
- Maßnahmen des Bundes und der Länder sollen sich sinnvoll in die kommunale Engagementpolitik integrieren lassen.
- Die Rolle freiwilligen Engagements sollte für die Sicherung der Daseinsvorsorge künftig verstärkt in kommunalpolitische Aushandlungs- und Beteiligungsprozesse einbezogen werden. In der Koproduktion von Daseinsvorsorge benötigen die Kommunen mehr Kompetenzen, Begleitung, Beratung sowie adäquate Rahmenbedingungen.
- Die finanziellen Handlungsspielräume der Kommunen sollten durch ein gemeinschaftlich von Bund, Ländern und Gemeinden finanziertes Daseinsvorsorge-Programm in strukturschwachen Regionen erweitert werden. Dabei ist der wichtige Beitrag des Engagements zu berücksichtigen, ohne die Pflichtaufgaben in der Daseinsvorsorge infrage zu stellen.
- Es ist von zentraler Bedeutung, dass Kommunen in der Lage sind, ihrer Verantwortung für die regionale Daseinsvorsorge nachzukommen und eine über die Grundbedürfnisse hinausgehende Infrastruktur vorzuhalten. Die Kommission thematisiert in diesem Zusammenhang ein Staatsebenenübergreifendes, gemeinschaftlich finanziertes Daseinsvorsorgeprogramm sowie eine mögliche Kompetenzerweiterung zugunsten der Kommunen.

Bericht der Enquete-Kommission des Bundestages "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements - Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Wege in eine zukunftsfähige Bürgerschaft"⁶:

- Die verschiedenen föderalen Ebenen bei der Engagementförderung sind an vielen Stellen verschränkt. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements findet im Rahmen eines Mehrebenensystems statt, dessen Ebenen koordiniert sein wollen, soll die Förderung Wirksamkeit und Nachhaltigkeit

⁵ s.o. FN 1

⁶ <https://dip.bundestag.de/drucksache/.../89733>

entfalten. Engagementförderung als Querschnittsaufgabe erfordert daher eine angemessene Gestaltung der föderalen Aufgabenteilung, an der der Bund maßgeblich beteiligt ist.

- Die Abstimmung der Engagementförderung zwischen den föderalen Ebenen ist nicht nur eine Frage des guten Willens, der Koordination und Kommunikation. Es geht dabei auch um Handlungsspielräume und um Ressourcen: Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements findet gerade in den Kommunen häufig ihre Grenze in geringen finanziellen und politischen Möglichkeiten. Zur Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit (und damit zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips) ist es notwendig, vor allem den Kommunen größere Gestaltungsräume zu eröffnen und sicherzustellen, dass die Übertragung von Aufgaben im Sinne des Konnexitätsprinzips auch mit der Bereitstellung entsprechender Finanzmittel einhergeht.
- Wünschenswert wäre eine stärkere Autonomie der Kommunen, Rahmenbedingungen für Projekte bürgerschaftlichen Engagements durch Globalmittel nach eigenen Vorstellungen zu setzen.

Selbstverständnis der Engagierten Städte

In einer Engagierten Stadt arbeiten Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Unternehmen gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern an einer demokratischen, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft.

Wir sind davon überzeugt, dass

- sich komplexe gesellschaftliche Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen lassen – und es dafür die gleich-berechtigte Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Unternehmen braucht.
- bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner das Rückgrat des gesellschaftlichen Miteinanders bilden – und es deshalb das Wissen um die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements und dessen Anerkennung zu stärken gilt.
- Engagement und die Beteiligung der Zivilgesellschaft die Lebensqualität und das Zusammenleben vor Ort verbessern sowie die Attraktivität und damit die Zukunft eines Ortes sichern und deshalb zu fördern sind.
- die beteiligten Akteure vor Ort wissen, wie sie lokales Engagement stärken und gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen können – und deshalb als Expertinnen und Experten auf ihrem Weg zu unterstützen sind.
- ein erfolgreicher Prozess ein Von- und Miteinanderlernen braucht – indem die Erfahrungen aus der Zusammenarbeit vor Ort und der Ent-

wicklung guter Rahmenbedingungen für Engagement und Beteiligung an Interessierte sowie andere Städte, Orte und Regionen weitergegeben werden.

Wir arbeiten vor Ort daran, dass

- es für alle Einwohnerinnen und Einwohner möglich und einfach ist, sich freiwillig zu engagieren und sich an Entscheidungsprozessen zu beteiligen.
- Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Politik und Verwaltung, lokaler Unternehmen sowie der Zivilgesellschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten – damit jeder sein jeweiliges Wissen und Können einbringen kann, gemeinsam Ziele entwickelt, verbindliche Absprachen getroffen und wirksame Maßnahmen umgesetzt werden.
- es gute und verlässliche Rahmenbedingungen für engagierte Einwohnerinnen und Einwohner gibt, um lokale Herausforderungen auch zukünftig gemeinsam zu lösen.
- eine langfristig gesicherte Informations-, Vernetzungs- und Koordinierungsstelle existiert, die alle Akteure vor Ort in ihrem Engagement unterstützt, über Mitwirkungsmöglichkeiten informiert und die Arbeit koordiniert.
- es eine Verständigung über die Chancen und Grenzen bürgerschaftlichen Engagements sowie eine wertschätzende Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen gibt.

BBE-Policy-Paper zur Bundes-Engagementstrategie

Die BBE-Policy-Paper sind Teil des Beteiligungsprozesses des BBE zur Bundes-Engagementstrategie, die durch die Bundesregierung im Jahr 2024 verabschiedet werden soll. Das BBE bündelt im Rahmen des Prozesses die Expertise seiner Mitglieder. Die Beiträge wurden durch die BBE-AGs und weiteren Gruppen von Mitgliedern des Netzwerks erarbeitet.

Weitere Informationen zum Beteiligungsprozess des BBE an der Bundes-Engagementstrategie sind zu finden unter:

<https://www.b-b-e.de/projekte/bundes-engagementstrategie/>

oder per QR-Code



Weitere BBE-Policy-Paper zur Bundes-Engagementstrategie sind zu finden unter:

<https://www.b-b-e.de/projekte/beitraege-des-bbe-zur-bundes-engagementstrategie/>

oder per QR-Code



Redaktion:

BBE-AG Kommune und Bürgerschaftliches Engagement

Vertreten durch Siegmund Schridde und die AG-Sprecher*innen
Dieter Schöffmann, Ute Bertel

Weitere Informationen zur BBE-AG Kommune und Engagement unter

<https://www.b-b-e.de/kommune/>

oder per QR-Code



Impressum:

BBE-Geschäftsstelle

gemeinnützige GmbH

Michaelkirchstraße 17/18

D-10179 Berlin

Tel.: +49 30 629 80 137

Fax: +49 30 629 80 151

E-Mail: info@b-b-e.de

Web: www.b-b-e.de

V.i.s.d.P.: Dr. Lilian Schwalb

Kontakt: Dr. Behzad Förstl,

behzad.foerstl@b-b-e.de